

Die deutsch-deutsche Währungsunion: ein kritischer Rückblick

Von Karl Brenke

Vor 25 Jahren wurde in der DDR die D-Mark eingeführt. Die Währungsunion erwies sich mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung als ein Desaster. Kurzfristig wurden die wenig produktiven Betriebe der DDR dem freien Handel ausgesetzt; die Industrieproduktion brach in einem Maße zusammen, das historisch ohne Beispiel ist. Aus politischen Gründen war es indes wohl unvermeidlich, die Währungsunion an den Beginn der Systemtransformation zu setzen. Denn es galt, angesichts einer unsicheren außenpolitischen Lage, die Chance der Wiedervereinigung zu nutzen und mit einer gemeinsamen Währung irreversible Fakten zu schaffen. Überdies sollte der massiven Abwanderung aus der DDR entgegnet werden. Allerdings wurde die in der DDR-Bevölkerung verbreitete Illusion gestützt, dass mit einer starken Währung eine rasche Angleichung der Einkommen an das Niveau in der Bundesrepublik möglich wäre. Das hat zu übermäßigen Lohnanhebungen ermuntert, die den Anpassungsschock im Sommer 1990 noch vergrößert und die die wirtschaftliche Erneuerung im Osten erschwert und verteuert haben.

Der Niedergang der DDR und die Hilflosigkeit der SED

Vor einem Vierteljahrhundert trat die deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. Sie kam völlig überraschend. Das Jahr 1989 sollte gemäß Partei und Staatsführung ganz im Zeichen der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR stehen. Niemand dachte im Entferntesten daran, dass es schon ein Jahr später mit der DDR vorbei sei. Auch im Westen war es außerhalb jeglicher Vorstellung, dass die DDR wie ein Kartenhaus zusammenfallen könnte – zumal die herrschende Politik dort über eine breite Basis in der Bevölkerung verfügte.¹

Der Anstoß für einen Wandel kam von außen; die Perestroika-Bewegung in der Sowjetunion wirkte sich auch auf das politische Klima in der DDR aus. Erster deutlicher Ausdruck des Legitimationsverlustes des herrschenden Regimes waren die Proteste nach der offensichtlichen Fälschung der Kommunalwahlergebnisse im Mai 1989. Im Sommer folgten die Botschaftsbesetzungen in Prag, Warschau und in Budapest. Im September öffnete Ungarn die Grenzen, über die DDR-Bürger in den Westen flüchteten. Zugleich kam es zu den immer stärker anschwellenden Montagsdemonstrationen für politische Freiheit und Reisefreiheit. Mitte Oktober erfolgte der Sturz von Partei- und Staatschef Erich Honecker. Am 9. November fiel die Mauer.

Mehr und mehr wurden im Herbst 1989 die ökonomischen Probleme der DDR offenkundig, die zuvor wegen des zunehmenden Verschleißes der Produktionsanlagen nur erahnt werden konnten, aber nicht offen diskutiert, sondern von der politischen Führung geleugnet

¹ Allein die SED hatte knapp 2,3 Millionen Mitglieder; das entsprach einem Sechstel der erwachsenen Bevölkerung. Hinzuzuzählen sind die Mitglieder in den politisch mit der SED verbundenen Parteien. Überdies gab es die Massenorganisationen mit zum Teil sehr hohen Mitgliederzahlen – wie die Freie Deutsche Jugend, die Pionierorganisationen, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Betriebskampfgruppen.

und verdrängt wurden.² Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die DDR hatte über ihre Verhältnisse gelebt.³ Ein wachsender Teil der ökonomischen Ressourcen wurde konsumtiv verwendet, und nötige produktive Investitionen unterblieben; es war eine „substanzverzehrende Sozialpolitik“⁴ betrieben worden. Exporterlöse und Kredite aus dem Ausland wurden nicht, wie es anfänglich die Parteilinie von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vorsah, für die Anschaffung von Ausrüstungen verwendet, sondern für den Kauf von Konsumgütern – etwa Nahrungsmitteln.

In der Debatte im Herbst 1989 wurde die DDR gegenüber dem Ausland als hoffnungslos verschuldet beschrieben.⁵ Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sprunghaft gestiegenen Schulden gegenüber dem Ausland infolge wachsender Exportdefizite beliefen sich Ende 1989 auf 49 Milliarden Valutamark.⁶ Überdies gab es erhebliche Verbindlichkeiten des Staates gegenüber dem eigenen Bankensystem.⁷ Wenngleich an der These von der völligen Überschuldung Zweifel angebracht sein mögen,⁸ wäre doch die DDR schwerlich allein in der Lage gewesen, die Schuldenlast auf ein tragfähiges Maß zu reduzieren. Starke Einschnitte beim Konsum hätten angesichts der geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht vermieden werden können, wodurch jede eigenständige Politik unter enormen Legitimationsdruck geraten wäre.

Die in den Monaten nach Honecker agierenden Krenz- und Modrow-Regierungen wollten die Eigenständigkeit durch eine wirtschaftlich reformierte DDR bewahren.

2 Noch am 7. Oktober 1989 sprach Erich Honecker bei seiner Festansprache zum 40. Jahrestag der DDR davon, dass sich seit ihrer Gründung „eine Wirtschaft mit moderner Struktur und großer Leistungskraft“ entwickelt habe. „Dynamik und wachsende Effektivität sind für sie kennzeichnend.“ Versprochen wurde, dass wegen der Nutzung der Mikroelektronik in Zukunft die Produktivität in der DDR, die „zu den zehn leistungsfähigsten Industrienationen der Welt zählt“, noch rascher als bisher steigen sollte. Vgl. „Durch das Volk und für das Volk wurde Großes vollbracht.“ Festansprache von Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Neues Deutschland vom 9. Oktober 1989.

3 Für einen Überblick über die Debatte vgl. Brenke, K. (2009): Die Jahre 1989 und 1990: Das wirtschaftliche Desaster der DDR – schleichender Niedergang und Schocktherapie. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2/2009.

4 Hübner, P. (1998): Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. Geschichte und Gesellschaft Nr. 24.

5 Schürer, G., Beil, G., Schalck, A., Höfner, E., Donda, A. (1989): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussbetrachtungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 27.10.1989 (als Manuskript vervielfältigt).

6 Schürer, G. et al., ebenda, S. 5. Bei der Valutamark handelte es sich vornehmlich um eine Rechengröße, deren Grundlagen geheim gehalten wurden. In etwa lässt sich für 1989 annehmen, dass eine Valutamark vier Mark der DDR entsprach. Vgl. Ludwig, U., Stäglin, R., Stahmer, R. unter Mitarbeit von Siehdel, K.-H. (1996): Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung. Beiträge zur Strukturforchung Nr. 163.

7 Von 123 Milliarden Mark der DDR im Jahr 1988. Vgl. Schürer, G. et al., ebenda, S. 4.

8 Deutsche Bundesbank (1999): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1973 bis 1989. Frankfurt a. M.

Vor allem durch ein Abrücken von starren Planvorgaben, größere wirtschaftliche Autonomie der Betriebe sowie leistungsgerechtere Löhne sollte die Effektivität erhöht werden. Vermehrt sollten auch private Unternehmen tätig werden können. Von zentraler Bedeutung sollte jedoch die gesamtgesellschaftliche Eigentumsform bleiben.⁹ Ziel der erneuerten SED war gemäß ihres Statuts ein „Sozialismus [...] jenseits von Profitwirtschaft, Ausbeutung und administrativ-bürokratischem Sozialismus“. Reformen wurden indes kaum auf den Weg gebracht; die DDR-Führung wirkte paralytisch.¹⁰

Starke Abwanderungen

Das Vertrauen in eine eigenständige wirtschaftliche Zukunft der DDR blieb in der Bevölkerung gering. Entsprechend kam es wieder vermehrt zu Demonstrationen, bei denen sich allerdings die Parolen geändert hatten: Nun ging es um die deutsche Einheit.

Das mangelnde Vertrauen trug zu einer großen Abwanderungswelle bei; zudem wurden die Fortziehenden von den höheren Einkommen in der Bundesrepublik angezogen. Im November 1989 – bei Öffnung der Mauer – beliefen sich die Abwanderungen auf 73 000 Personen, im Dezember auf 59 000 und in den ersten drei Monaten des Jahres 1990 waren es jeweils knapp 50 000 (Abbildung 1).¹¹ Das Ausmaß der Fortzüge erinnerte an die Zeit vor dem Bau der Mauer, als bis August 1961 die Einwohner in großer Zahl der DDR den Rücken kehrten (Abbildung 2). Überdies kam es in unbekanntem, aber erheblichem und zunehmendem Maße dazu, dass nach der Öffnung der Grenzen DDR-Bürger zu einem Arbeitsplatz in Westdeutschland oder West-Berlin pendelten.

Aus der Sicht von DDR-Wissenschaftlern waren die Wanderungsverluste und die Pendlerströme das zentrale Arbeitsmarktproblem der Wende; dass es im Zuge des wirtschaftlichen Umbaus zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen könnte, lag außerhalb ihrer Perspektive.¹² Um eine „Arbeitskräftesicherung“ zu gewährleisten, wurden unter anderem sogenannte Lohnausgleichskassen vorgeschlagen, durch die die Löhne

9 Vgl. unter anderem Gysi, G. (1989): Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. In: Materialien zum außerordentlichen Parteitag der SED-PDS, Berlin, Dezember.

10 Abgesehen von einem Gesetz zur Bildung von Joint Ventures von Staatsbetrieben und westlichen Investoren.

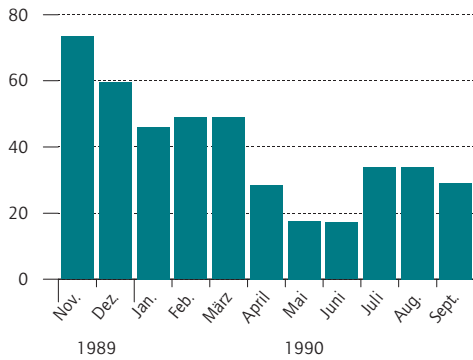
11 Dabei handelt es sich um Angaben der Ämter der DDR. Wahrscheinlich waren die Wanderungen stärker, da sich nicht alle Fortziehenden bei den zuständigen Behörden abgemeldet haben.

12 Hummel, L., Sachse, E., Thiel, V. (1990): Vorschläge zur gemeinsamen Beratung mit dem DIW vom 17.1.1990 (als Manuskript vervielfältigt). Im Winter 1989/1990 wurde auf Initiative von DDR-Wissenschaftlern eine Arbeitsgruppe zum Arbeitsmarkt mit Mitarbeitern des DIW Berlin gegründet.

Abbildung 1

Fortzüge aus der DDR in die Bundesrepublik 1989/1990

In 1 000 Personen



Quelle: Statistisches Amt der DDR; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Länder.

© DIW Berlin 2015

Das mangelnde Vertrauen in die Erneuerung der DDR trug zu einer großen Abwanderungswelle bei.

von in Westdeutschland erwerbstätigen Pendlern in Mark der DDR umgetauscht werden sollten. Dadurch sollte das Pendeln unattraktiver werden. Überdies wurde an generelle Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit gedacht.¹³ All das war praktisch und rechtlich aber gar nicht möglich.¹⁴

Die Politik entscheidet sich für eine Währungsunion

Mitte Januar 1990 wurde erstmals der Vorschlag einer deutsch-deutschen Währungsunion auf die politische Bühne gehoben – um so den Abwanderungen entgegenzuwirken.¹⁵ Die Bundesregierung machte sich diesen Vorschlag zu eigen und präsentierte ihn am 6. Februar der Öffentlichkeit. In der DDR-Bevölkerung fand eine Währungsunion große Zustimmung, denn mit der D-Mark wurden wirtschaftliche Prosperität und ein ho-

¹³ Hummel, L. et al. (1990), a. a. O.

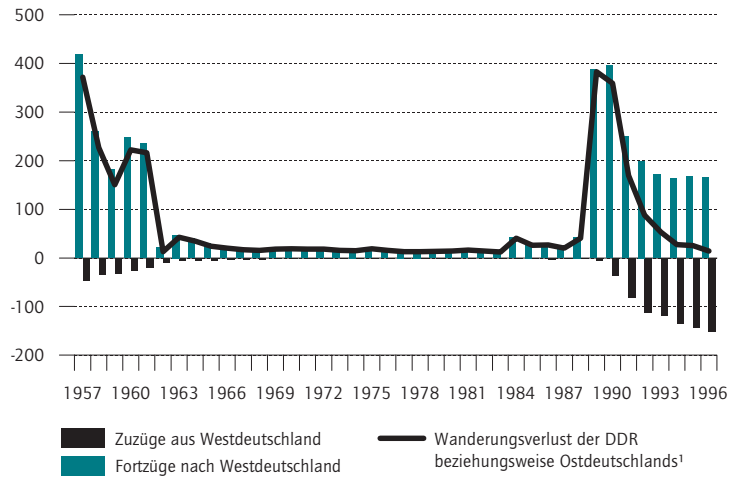
¹⁴ Die Vorschläge wären mit dem Grundgesetz, nach dem jeder Bürger der DDR die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, nicht vereinbar gewesen; DDR-Bürger wären sogar schlechter gestellt worden als Personen aus Staaten der EU. Es gab daher keine Möglichkeiten, die Wanderungen von Arbeitskräften aus der DDR in die Bundesrepublik aufzuhalten. Allenfalls konnten Zuwanderungen in die Sozialsysteme vermindert werden. Vgl. Brenke, K., Meinhardt, V., Stille, F., Volz, J., Vortmann, H., Wagner, G. (1990): Auswirkungen der Öffnung der innerdeutschen Grenze auf den bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt. DIW-Discussion Papers Nr. 5.

¹⁵ Er wurde von der SPD-Politikerin Ingrid Matthäus-Meyer vorgetragen, die damit im Alleingang und nicht in Abstimmung mit der Spitze ihrer Partei agierte. Vgl. Matthäus-Meyer, I. (1990): Signal zum Bleiben. Die Zeit vom 19. Januar 1990.

Abbildung 2

Bevölkerungsaustausch der DDR beziehungsweise Ostdeutschlands mit den alten Bundesländern

In 1 000 Personen



¹ Einschließlich Ost-Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2015

Das Ausmaß der Fortzüge aus der DDR erinnerte an die Zeit vor dem Bau der Mauer.

her Lebensstandard assoziiert. Entsprechend wurde auf den Demonstrationen skandiert: „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“ Die Ankündigung der Währungsunion dürfte auch das Ergebnis der Volkskammerwahl in der DDR von Mitte März 1990 maßgeblich beeinflusst haben, aus der die Ost-CDU und die mit ihr verbundenen Parteien als klare Sieger hervorgingen. Vorhergehende Umfragen hatten ihnen noch eine eher abgeschlagene Position vorausgesagt. Gewählt worden war damit auch die D-Mark; die Option „eigenständige DDR“ gab es nicht mehr. Die monatlichen Abwanderungen halbierten sich nach der Wahl erst einmal.

Die wissenschaftliche Debatte um die Währungsunion

Die Ankündigung einer Währungsunion kam völlig überraschend. Am selben Tag, als die Bundesregierung sie vorschlug, war seitens der Bundesbank noch erklärt worden, dass sie in weiter Ferne liege. Von ihr und dem überwiegenden Teil der Wissenschaft wurde die Auffassung vertreten, dass eine Währungsunion nicht am Anfang grundlegender Wirtschaftsreformen in der DDR stehen könne.

Besonders starke Beachtung fand ein offener Brief des Sachverständigenrates im Februar 1990, in dem gefor-

dert wurde, dass es zunächst zu einer Auflösung des planwirtschaftlichen Preissystems mit seiner Subventionierung beziehungsweise übermäßigen Belastung der Preise komme müsse, dass das Problem des wegen des Gütermangels aufgestauten Geld- sowie Kaufkraftüberhangs zu lösen sei, dass ein Finanzsystem geschaffen werden müsse, das marktwirtschaftlichen Bedingungen gerecht werde und weitere Reformen auf den Weg gebracht werden müssten – nicht zuletzt eine weitgehende Privatisierung der staatlichen Unternehmen.¹⁶ Für die Mark der DDR solle es zunächst einen festen Wechselkurs geben, schrittweise – und so rasch wie möglich – sollte ihre Konvertibilität hergestellt werden.¹⁷ Weiter wurde argumentiert, dass durch eine Währungsunion der Rückstand bei den Einkommen gegenüber der Bundesrepublik deutlich sichtbar werden würde, so dass ein Prozess übermäßiger Lohnerhöhungen in Gang käme. Denn mit der Währungsunion sei die Illusion einer raschen Angleichung an den Lebensstandard im Westen verbunden.¹⁸

Das DIW plädierte ebenfalls für die Eigenstaatlichkeit der DDR und für getrennte Währungen. Der Wechselkurs der Mark der DDR könne an die D-Mark gebunden werden, wobei der Kurs der DDR-Mark möglichst tief anzusetzen sei; vorgeschlagen wurde ein Kurs von 5 zu 1.¹⁹ Damit könne die Exportwirtschaft im Wettbewerb bestehen, und durch einen niedrigen Wechselkurs würden die dringend benötigten ausländischen Investitionen angezogen. Plädiert wurde dafür, dass die Konvertibilität der DDR-Mark erst am Ende des Reformprozesses stehen sollte. Erforderlich sei auch, dass sich die Lohnerhöhungen an den Produktivitätssteigerungen orientierten. Auf politischer Ebene sei eine Konföderation denkbar.²⁰

Es gab in der Wissenschaft aber auch Befürworter einer raschen Währungsunion. Willgeroth etwa sah in dem Staatsvertrag zur Schaffung der Währungsunion eine hinreichende ordnungspolitische Grundlage.²¹ So sei mit ihr eine Staatsfinanzierung qua Notenpres-

se unmöglich; vor allem würden auf Basis der D-Mark einigermaßen zuverlässige Preissignale entstehen, und Investoren wären keinen Wechselkurs- und Konvertibilitätsrisiken ausgesetzt, was sich günstig auf das Zinsniveau auswirke. Es sei egal, ob die Währung konvertibel ist oder nicht, denn in jedem Fall müssten Preise und Einkommen der Produktivität entsprechen. Bei weiterhin eigener Währung würde es anderenfalls – etwa bei übermäßigen Lohnanhebungen – zu einer massiven Abwertung kommen. Der damit einhergehende Anstieg der Importpreise würde zu einer expandierenden Teuerung im Inland führen und wäre damit eine Reallohnanpassung auf Umwegen. Bei einer Währungsunion würden übermäßige Lohnanhebungen über steigende Preise zu einem Abfluss der Kaufkraft führen. Sinkende Nachfrage und steigende Arbeitslosigkeit erzwingen eine Anpassung der nominalen Löhne.

Die Frage nach dem richtigen Umtauschkurs

In der öffentlichen Debatte stand allerdings nicht die Frage im Vordergrund, ob überhaupt und wann eine Währungsunion durchgeführt werden sollte, sondern zu welchem Kurs die Mark der DDR in D-Mark umzutauschen sei. Die Bevölkerung in der DDR erwartete einen Umtauschkurs von 1 zu 1. Andere Umtauschverhältnisse, wie sie etwa seitens der Bundesbank in die Debatte eingebracht wurden,²² fanden keinen Zuspruch in der Bevölkerung. Die DDR-Regierung wehrte sich ebenfalls gegen stark vom Verhältnis von 1 zu 1 abweichende Umtauschkurse. Zwei Aspekte waren mit Blick auf den Umtauschkurs von Belang.

Zum einen gab es – nicht zuletzt von der Bundesbank – die Sorge um die Geldwertstabilität. Das zusätzliche Geld und die aufgestauten Konsumbedürfnisse der DDR-Bürger könnten einen Kaufrausch auslösen und einen inflationären Prozess anstoßen. Zum anderen wurde befürchtet, dass ein zu hoher Umtauschkurs zu einer faktischen Aufwertung führen würde, so dass die DDR-Betriebe im Wettbewerb nicht bestehen könnten. Damit stellte sich die Frage nach der Produktivität der Wirtschaft in der DDR, auf die es keine hinreichend zuverlässigen Antworten gab. Geschätzt wurde seitens der Bundesregierung, dass sie sich auf ein Drittel des westdeutschen Niveaus belaufen würde.²³

Im Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde vereinbart, dass die Stromgrößen (Löhne, laufende Sozialleistungen wie Ruhestandsbezüge etc.)

¹⁶ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990): Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler. Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Jahresgutachten 1990/91, 307, Stuttgart.

¹⁷ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreformen in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sondergutachten vom 20. Januar 1990. In: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990): Jahresgutachten 1990/91, 289, Stuttgart.

¹⁸ Brief des Sachverständigenrates (1990), a. a. O., 308.

¹⁹ Flassbeck, H., Hoffmann, L., Pohl, R. (1990): Reform der Wirtschaftsordnung in der DDR und die Aufgaben der Bundesrepublik. Wochenbericht des DIW Nr. 6/1990, 68 ff.

²⁰ Hoffmann, L. (1993): Warten auf den Aufschwung. Regensburg.

²¹ Willgeroth, H. (1990): Probleme der deutsch-deutschen Währungsunion. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Nr. 3/1990.

²² Die Bundesbank favorisierte bei den Bankguthaben und den Schulden einen Kurs von zwei Mark der DDR zu einer D-Mark.

²³ Ludwig, J. (2015): Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären. Hamburg.

im Verhältnis 1 zu 1 umgetauscht werden sollten. Das sei gerechtfertigt, weil sich etwa auch die Löhne nur auf einem Drittel des westdeutschen Niveaus bewegten.²⁴ Bei den Bestandsgrößen (Bankguthaben, Schulden etc.) galt grundsätzlich ein Umtauschkurs von zwei Mark der DDR zu einer D-Mark. Bei den Bankguthaben der Bevölkerung gab es allerdings nach Alter gestaffelte Beträge, für die ein Umtauschkurs von 1 zu 1 galt.²⁵ Faktisch ergab sich bei den Bestandsgrößen ein Umtauschverhältnis von 1,6 zu 1.²⁶ Gemessen am – nur grob abschätzbaren – Produktionspotential war die zusätzliche Geldmenge für die DDR um 50 Prozent zu hoch gewesen; für das gesamte Währungsgebiet seien es – stabilitätspolitisch verkraftbare – 4,5 Prozent gewesen.²⁷

Der Schock nach der Währungsumstellung

Als am 1. Juli 1990 die D-Mark auf dem Gebiet der DDR eingeführt wurde, setzte tatsächlich ein kräftiger Konsumschub ein – zumal sich die Haushalte in den Wochen zuvor in Erwartung der D-Mark mit Ausgaben zurückgehalten hatten (Abbildung 3). Vermehrt gekauft wurden vor allem PKW und elektrotechnische Produkte. Von einem regelrechten, längere Zeit andauernden Kaufrausch kann aber keine Rede sein, denn schon im September ging die Konsumnachfrage zurück, und die Sparquote stieg wieder (Abbildung 4).

Das war eine Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung. Denn diejenigen Teile der DDR-Wirtschaft, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren, erwiesen sich gegenüber der Konkurrenz aus dem Westen als hoffnungslos unterlegen. So sank die schon zuvor schwächelnde Industrieproduktion innerhalb weniger Wochen auf fast die Hälfte (Abbildung 5) – ein wohl historisch einmaliger Vorgang.²⁸ Die Unterbeschäftigung stieg sprunghaft an. Nicht nur die Zahl der offen arbeitslosen Personen nahm deutlich zu, sondern auch die Zahl der Kurzarbeiter; nicht selten fiel bei Kurzarbeit überhaupt keine Arbeitszeit an, weil es nichts zu tun gab. Zudem wurden große Programme für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgelegt, und ab dem Jahres-

²⁴ Ebenda.

²⁵ Deutsche Bundesbank (1990): Modalitäten der Währungsumstellung in der Deutschen Demokratischen Republik zum 1. Juli 1990. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Nr. 6/1990.

²⁶ Bofinger, P. (1991): Geld- und Kreditpolitik nach der Bildung der deutschen Währungsunion. In: Gröner, H., Kantzenbach, E., Mayer, G. (Hrsg.): Wirtschaftspolitische Probleme der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik. Berlin, 152.

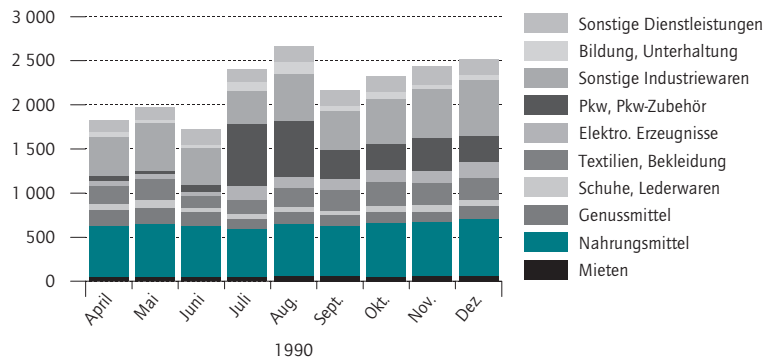
²⁷ Ebenda, 163.

²⁸ Einen im Ausmaß ähnlich starken Einbruch bei der Industrieproduktion gab es in Deutschland Anfang der 30er Jahre. Damals zog er sich allerdings über zwei Jahre hin – von Anfang 1930 bis Anfang 1932. Wagenführ, R. (1933): Die Entwicklung der Produktion. In: Raab, F. (Hrsg.): Das Wirtschaftsjahr 1932/33. Tatsachen, Entwicklungsbedingungen und Aussichten der deutschen Volkswirtschaft. Leipzig, 17.

Abbildung 3

Ausgaben von Arbeitnehmerhaushalten¹ mit zwei Kindern auf dem Gebiet der DDR

In Mark beziehungsweise D-Mark



¹ Ohne Haushalte mit arbeitslosen Haupteinkommensbeziehern.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, Gemeinsames statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

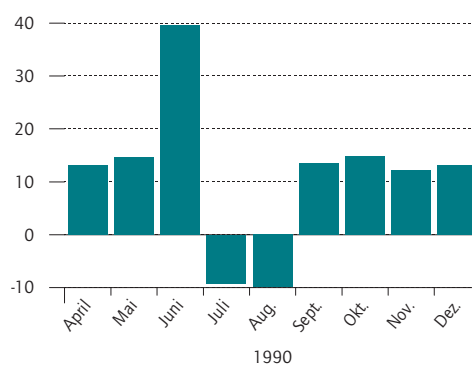
© DIW Berlin 2015

Nach Einführung der D-Mark wurden auf dem Gebiet der DDR vor allem Pkw und elektrotechnische Produkte vermehrt gekauft.

Abbildung 4

Sparquote von Arbeitnehmerhaushalten¹ mit zwei Kindern auf dem Gebiet der DDR

In Prozent des Haushaltseinkommens



¹ Ohne Haushalte mit arbeitslosen Haupteinkommensbeziehern.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, Gemeinsames statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Schon im September 1990 wurde wieder vermehrt gespart.

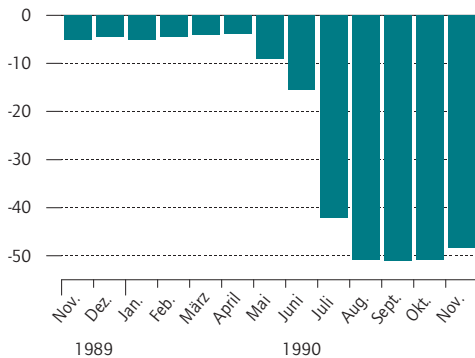
ende 1990 wechselten viele Arbeitnehmer in rasch eingerichtete Qualifizierungsmaßnahmen.²⁹ Zahlreiche Personen wurden in den Vorruhestand geschickt; er-

²⁹ Ebenda, 28.

Abbildung 5

Entwicklung der industriellen Warenproduktion auf dem Gebiet der DDR

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Amt der DDR; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Innerhalb weniger Wochen sank 1990 die Industrieproduktion auf dem Gebiet der DDR auf fast die Hälfte.

werbstätige Rentner und manche ausländische Arbeitskräfte wurden als erste von der Entlassungswelle erfasst und tauchten in keiner amtlichen Arbeitsmarktstatistik mehr auf. Ende 1990 waren vom vorherigen Erwerbspersonenpotential von 9,8 Millionen etwa drei Millionen entweder arbeitslos, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht oder in den Ruhestand geschickt worden. Im darauf folgenden Jahr verschärfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch weiter. Dass es nicht zu dem mitunter erwarteten länger andauernden Konsumrausch kam, lag an den unsicheren Zukunftsaussichten angesichts der dramatischen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.³⁰

Gründe für das Desaster

Zwar war damit gerechnet worden, dass der Umbau von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft mit Produktionsstilllegungen und Personalanpassungen in durchaus erheblichem Umfang einhergehen würde – erwartet worden war aber nicht solch ein Kollaps, wie er nach der Währungsunion eintrat. Die Ursachen für den Zusammenbruch können auf der Nachfrageseite gelegen haben. Denn es gab nicht nur in der DDR politische und wirtschaftliche Umwälzungen, sondern im gesam-

³⁰ Der größte Teil der Haushalte ließ schon vor der Währungsunion in Umfragen erkennen, dass das Ausgabenverhalten nach Einführung der D-Mark nicht grundlegend verändert werden sollte. Vgl. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Institut für Marktforschung (1990): Kaufrausch nach der Währungsunion?

ten Ostblock – also auch bei den traditionell wichtigsten ausländischen Abnehmern von DDR-Erzeugnissen. Der rapide und dramatische Rückgang bei der Industrieproduktion gerade in den Wochen gleich nach der Währungsunion kann darauf aber nicht zurückgeführt werden. Vielmehr wurde den Betrieben beim Handel mit Partnern des Ostblocks von der Bundesregierung massiv mit günstigen Handelskonditionen unter die Arme gegriffen.³¹ Mithin wäre ohne diese Hilfen die Industrieproduktion noch stärker zusammengebrochen.

Mit der Verfügbarkeit der D-Mark hatte die Bevölkerung der DDR ihre Präferenzen verändert und gab oft Gütern aus dem Westen den Vorzug gegenüber den Waren aus eigener Produktion. Das kann rationale Gründe gehabt haben, weil die Westwaren mit Blick auf ihre Beschaffenheit, Funktionalität oder Aufmachung tatsächlich von höherer Qualität waren. Es können aber auch irrationale Gründe im Spiel gewesen sein, so dass man DDR-Waren lediglich ein schlechtes Image anheftete. Wie dem auch sei: Entscheidend sind letztlich die Käuferwünsche und der Preis. Werden Waren hergestellt, die nicht oder nur zu einem niedrigen Preis verkauft werden können, ist die Produktivität gering.

Die Ursachen für den massiven Produktionsrückgang sind folglich auf der Angebotsseite zu suchen. Offenkundig passte der Umstellungskurs nicht zur Produktivität. Es gab vor und nach der Währungsunion zahlreiche Veröffentlichungen über den Abstand bei der Produktivität zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Die Spannweite der Schätzungen ist sehr groß; die Produktivität kann bei der Hälfte oder auch nur bei einem Viertel des westdeutschen Niveaus gelegen haben.³²

Der Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik dürfte sektoral stark variiert haben; bei den Dienstleistungen dürfte er geringer als bei der Industrie gewesen sein. Es konnte aber nur ein einheitlicher Umrechnungskurs gewählt werden. Um den Gegebenheiten in allen Wirtschaftsbereichen gerecht zu werden, hätte die Mark der DDR viel geringer als die D-Mark bewertet werden müssen. Wird beispielsweise der interne Verrechnungskurs von 4,3 zu 1 zum Maßstab genommen, mit dem die DDR-Betriebe ihre Exporte ins

³¹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1991): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39-40/1991. Sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1991): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Wochenbericht des DIW, Nr. 12/1991. Nach Angaben der Bundesregierung entstanden im zweiten Halbjahr 1990 aus dem Handel mit Partnern aus dem früheren Ostblock Guthaben von immerhin knapp zwölf Milliarden Transferrubel, siehe Bundesdrucksache 13/639.

³² Vgl. für einen Überblick unter anderem Heske, G. (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950–1989. Köln; Ludwig, U. et al. (1996), a. a. O.

Tabelle 1

Durchschnittliche monatliche Bruttolöhne¹ in ausgewählten Wirtschaftsbereichen der DDR

	Mark			Veränderung in Prozent	
	1. Halbjahr 1989	1. Quartal 1990	2. Quartal 1990	1. Quartal 1990 gegenüber 1. Halbjahr 1989	2. Quartal 1990 gegenüber 1. Quartal 1990
Chemische Industrie	1 101	1 115	1 283	1,3	15,1
Metallurgie	1 119	1 132	1 335	1,2	17,9
Baumaterialienindustrie	1 027	1 081	1 230	5,3	13,8
Maschinen- und Fahrzeugbau	1 088	1 124	1 229	3,3	9,3
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	1 055	1 091	1 195	3,4	9,5
Leichtindustrie	962	994	1 062	3,3	6,8
Textilindustrie	967	994	1 048	2,8	5,4
Lebensmittelindustrie	974	1 032	1 142	6,0	10,7
Energie- und Brennstoffindustrie	1 227	1 228	1 385	0,1	12,8
Wasserwirtschaft	1 013	1 051	1 228	3,8	16,8
Verkehr	1 162	1 277	1 334	9,9	4,5
Post- und Fernmeldewesen	968	1 016	1 282	5,0	26,2
Bildungswesen		1 088	1 174		7,9
Gesundheitswesen		1 250	1 531		22,5
Sozialwesen		944	1 101		16,6
Wissenschaft und Forschung		1 320	1 484		12,4
Kultur und Kunst		1 084	1 225		13,0
Insgesamt		1 116	1 242	4,1²	11,3

¹ Vollzeitäquivalente.

² Nur diejenigen Wirtschaftszweige mit vollständigen Angaben.

Quellen: Statistisches Amt der DDR; Berechnungen des DIW Berlin.

Schon vor der Währungsunion zogen die Löhne kräftig an.

nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) kalkulieren konnten, dann brachte die Währungsunion faktisch eine erhebliche Aufwertung für die Industrie mit sich. Und es waren gewiss nicht die leistungsschwachen Betriebe, die im NSW-Geschäft tätig waren.³³

Verfehlte Lohnpolitik

Überdies wurde übersehen, dass es schon im Vorfeld der Währungsunion zu kräftigen Lohnanhebungen gekommen war. Im zweiten Quartal 1990 waren die Löhne in der DDR um elf Prozent höher als im ersten Vierteljahr; und auch zuvor zogen die Löhne schon an (Tabelle 1).

Begründet wurde der Lohnanstieg mit erheblichen Steigerungen bei den Konsumentenpreisen. Tatsächlich wa-

ren die Verbraucherpreise zwischen Juni 1989 und Juni 1990 aber gesunken (Tabelle 2). Vermutlich haben die Betriebe Lagerbestände abgebaut. Möglicherweise hat eine selektive Wahrnehmung zur Annahme eines generellen Preisanstiegs geführt: Wenn es vereinzelt bei Gütern zu Preisanhebungen kam, wurde dies verallgemeinert und auf eine umfassende Teuerung geschlossen. Zu generellen Preissteigerungen kam es erst mit der Währungsunion; zum Teil wegen der anziehenden Konsumnachfrage, vor allem aber, weil partiell die Verzerrungen bei den Preisen aufgegeben wurden. So haben im Juli 1990 die Preise für die bisher stark subventionierten Lebensmittel kräftig angezogen. Die Mieten stiegen insbesondere 1991 enorm.

Die Lohnerhöhungen vor der Währungsunion waren aber nur der Auftakt für einen rasanten Lohnauftrieb. Teilweise waren schon zuvor Lohnerhöhungen für die Monate nach der Währungsunion vereinbart worden.³⁴ Dadurch stiegen die Löhne etwa in der bedeutenden

³³ Sinn und Sinn weisen darauf, dass mit Blick auf die Kaufkraft der Umrechnungskurs angemessen gewesen wäre. In die Berechnung der Kaufkraft gehen verschiedene Güter ein: Nicht handelbare, meist arbeitsintensiv hergestellte Güter, bei denen die Produktivitätsunterschiede zwischen der Bundesrepublik und der DDR relativ gering gewesen sein dürften, sowie handelbare Güter, bei denen die Produktivitätsunterschiede größer gewesen sein dürften. Das Problem hätte darin bestanden, dass der Produktivitätsrückstand bei den in der DDR hergestellten handelbaren Gütern unter der Kaufkraftparität gelegen hätte. Sinn, G., Sinn, H. W. (1993): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. Tübingen, 44 f.

³⁴ Von der IG Metall wurde für die Metall- und Elektroindustrie eine pauschale Anhebung um 250 DM per 1. Juli und um 300 DM per 1. Oktober 1990 je Beschäftigtem durchgesetzt. Vgl. Ohl, K. (2009): Die Ost-West-Tarifangleichung in der Metall- und Elektroindustrie. WSI-Mitteilungen Nr. 11/2009, 628.

Tabelle 2

Entwicklung der Verbraucherpreise auf dem Gebiet der DDR

	Alle privaten Haushalte		Arbeitnehmerhaushalte ¹		
	Juni 1990	Juli 1990	Juli 1990	Januar 1991	November 1991
	Index Juni 1989 = 100		Index 1989 = 100		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	96,2	114,0	115,4	119,3	126,4
Bekleidung, Schuhe	51,7	57,5	57,5	69,9	72,4
Wohnungsmiete, Energie	100,0	100,0	100,0	158,6	375,8
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	84,8	74,5	74,8	82,4	85,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	88,5	119,4	119,4	137,7	147,7
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	93,4	85,2	85,2	97,8	111,8
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	88,3	88,5	88,5	117,7	129,0
Güter für die persönliche Ausstattung, Sonstiges	92,6	99,0	99,0	134,4	135,2
Insgesamt	87,9	94,5		108,9	127,6

¹ Ab Januar 1991 ohne Ost-Berlin.

Quellen: Statistisches Amt der DDR; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

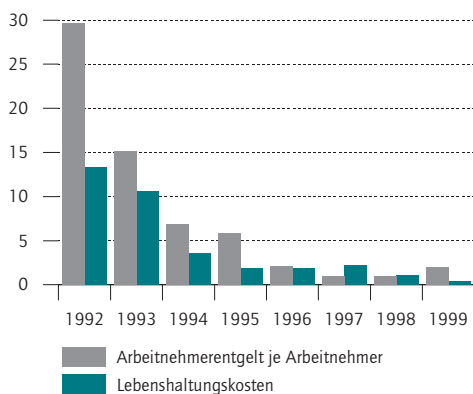
© DIW Berlin 2015

Anders als vielfach angenommen, sind die Konsumentenpreise zwischen Juni 1989 und Juni 1990 gesunken.

Abbildung 6

Entwicklung der Löhne und der Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Bis 1995 stiegen die Löhne viel stärker als die Verbraucherpreise.

Metall- und Elektroindustrie bis Anfang Oktober um gut 40 Prozent. Dies wird dem Rückgang bei der industriellen Produktion einen zusätzlichen Schub ver-

passt haben. Im Herbst 1990 fiel die Tarifpolitik den gesamtdeutschen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu – die allerdings in erheblichem Maße von westdeutschen Akteuren geprägt war. Im Frühjahr 1991 wurde für die Metall- und Elektroindustrie vereinbart, dass bis April 1994 die Löhne vollständig an das westdeutsche Niveau herangeführt werden sollten. Daraus wurde aber nichts, denn die Arbeitgeberverbände kamen unter Druck. Manche Mitgliedsbetriebe kehrten ihnen den Rücken zu; viel gravierender war aber, dass viele der privatisierten und der neu gegründeten Unternehmen wegen der Lohnpolitik erst gar nicht den Verbänden beitraten.³⁵ Für diese Unternehmen galten die Lohnabschlüsse nicht; zudem kündigten die Metallarbeitgeber 1993 den Stufenplan zur Erreichung des westdeutschen Lohnniveaus auf.

Gesamtwirtschaftlich schwächte sich der Lohnauftrieb immer mehr ab; trotzdem stiegen die Löhne bis 1995 viel stärker als die Verbraucherpreise (Abbildung 6). In der Industrie gab es bis 1992 sogar die absurde Situation, dass die Löhne höher waren als die Wirtschaftsleistung.³⁶ Die Betriebe, damals noch zu einem großen Teil

³⁵ Ebenda sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (1995): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27-28/1995.

³⁶ Brenke, K. (2014): Ostdeutschland: ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens. DIW Wochenbericht Nr. 40/2014, 944 f.

nicht in privater Hand, machten im Schnitt also massive Verluste, für die letztlich der Staat aufkam.

Fazit

Anders als die Europäische Währungsunion, die schon Ende der 1950er Jahre ein Thema war³⁷ und über die in den folgenden Jahrzehnten mit mehr oder minder großer Intensität diskutiert wurde, rückte die deutsch-deutsche Währungsunion völlig überraschend auf die politische Agenda. Und anders als bei der europäischen Währungsunion ging es nicht darum, Regionen mit gleichartigem Wirtschaftssystem über eine gemeinsame Währung miteinander zu verknüpfen, sondern um die Transformation einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft. Es gab keinerlei geschichtliche Erfahrungen, die als Referenz dafür herangezogen werden konnten, wie gleichzeitige Währungsunion und Systemtransformation zu bewältigen sind. Es ging somit auch nicht um einen Regionalausgleich im Zuge üblicher oder wünschenswerter wirtschaftlicher Entwicklung,³⁸ sondern um den ökonomischen Neuaufbau einer heruntergewirtschafteten Region.

Zudem stand die Politik unter dem Druck, die Abwanderungen von Arbeitskräften abzubremsen. Durch einen weitgehenden Verlust des Humankapitals auf dem Gebiet der DDR wäre der Neuaufbau aussichtslos geworden; überdies wurden die Wanderungsströme in der Bundesrepublik als kaum zu stemmende Belastung empfunden.

Aus ökonomischer Sicht hat es nahe gelegen, zunächst die Systemtransformation in Angriff zu nehmen – wie es auch in den osteuropäischen EU-Staaten geschehen ist. Im Falle der DDR gab es diese Option jedoch nicht. Die DDR-Bevölkerung hatte bei der Volkskammerwahl im März 1990 für die rasche Währungsunion gestimmt. Wäre sie nicht gekommen, wäre die DDR politisch und wirtschaftlich in ein schwieriges Fahrwasser geraten – wenn nicht gar in chaotische Verhältnisse. Unter diesem Blickwinkel scheint es, als ob die Bundesregierung ein Getriebener der Entwicklung in der DDR gewesen sei. Das trifft aber nicht zu, denn die Währungsunion wurde von ihr forciert, und der DDR-Bevölkerung wurden für den Fall der deutschen Einheit „blühende Landschaften“ versprochen. Zentrales Motiv war es, möglichst rasch die Wiedervereinigung zu erreichen. Denn man nahm an,

dass insbesondere wegen der labilen Lage in der Sowjetunion das Zeitfenster zum Ergreifen der Chance recht klein war.³⁹ Durch eine schnelle Währungsunion wäre ein nicht umkehrbarer Prozess eingeleitet.

Mit der Währungsunion erfolgte die Systemtransformation durch eine Schocktherapie; über Nacht wurde die Wirtschaft der DDR dem Wettbewerb ausgesetzt, in dem sie zu großen Teilen nicht bestehen konnte. Der Umrechnungskurs von DDR-Mark zu D-Mark war falsch gewählt und passte nicht zu der Leistungsfähigkeit derjenigen Betriebe, die überregional handelbare Güter herstellten. Um die Einkommen an die Leistung anzupassen und um die Grundlage für einen selbst erzeugten Aufholprozess zu legen,⁴⁰ wären Kosten-, insbesondere Lohnsenkungen nötig gewesen. Zwar hätten Lohnsenkungen weitere Arbeitskräfte zur Abwanderung bewegen können, dies war aber ohnehin der Fall: Wohl wegen der wachsenden Unterbeschäftigung nahmen die Fortzüge aus der DDR nach der Währungsunion wieder zu und blieben auch in den darauf folgenden Jahren hoch. Sie erreichten allerdings nicht mehr das Ausmaß der Zeit vor der Währungsunion.

Bei der Lohnentwicklung trat jedoch das Gegenteil ein: Die Arbeitsentgelte zogen kräftig an, denn die Arbeitnehmervertreter hatten leichtes Spiel. Vor der Währungsunion saßen ihnen mit den Leitern der Kombinate Personen gegenüber, die wegen ihrer Verstrickung in das alte politische System Wohlwollen gegenüber ihren Belegschaften zeigen mussten; überdies waren sie selbst Arbeitnehmer und daher an höheren Löhnen interessiert. Später hatten dann die vom Westen beeinflussten Vertreter der Arbeitgeberverbände kein Interesse an niedrigen Löhnen oder gar Lohnsenkungen, da wettbewerbsfähige Produktionen im Osten den Unternehmen im Westen hätten Konkurrenz machen können. Politisch konnte der Lohnpolitik nicht entgegengewirkt werden, denn die Tarifautonomie ist ein Grundrecht. Deshalb hätte es allenfalls freiwillige Vereinbarungen zur Lohnzurückhaltung geben können. Sie waren aber nicht möglich, weil unter der Bevölkerung auf dem Gebiet der DDR die Illusion einer raschen Angleichung der Einkommen zwischen Ost und West verbreitet war.

Nach der Währungsunion wurden erhebliche finanzielle Mittel zur sozialen Abfederung der wachsenden Unterbeschäftigung und zur Stützung der für eine Privatisierung vorgesehenen Betriebe eingesetzt. Es kam zu einem Abfluss von Kaufkraft gen Westen, der dort

³⁷ Abelschäuser, W. (2010): Die Erblast des Euro – eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 43/2010, 40.

³⁸ Wie er älteren Theorien optimaler Währungsunionen zugrunde liegt. Nach Mundell sei er bei einer hohen Mobilität der Produktionsfaktoren von Kapital und Arbeit gegeben, wenn innerhalb eines Währungsgebietes Arbeit und Kapital hin zu einer aufstrebenden Region strömen. Vgl. Mundell, R. A. (1961): A Theory of Optimum Currency Areas. The American Economic Review, Nr. 4/1961.

³⁹ Ludwig, J. (2015), a. a. O.

⁴⁰ Horn, G. A., Fritsche, U., Scheremet, W. (2000): Die doppelte Währungsunion: Deutschland und Europa im wirtschaftlichen Integrationsprozess. Ein Rückblick und Vergleich. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2/2000, 166 ff.

die Konjunktur ankurbelte und die Teuerung anheizte. Die der Geldwertstabilität verpflichtete Bundesbank sah sich einer „Stabilisierungskrise“⁴¹ gegenüber und erhöhte die Leitzinsen kräftig. Daraufhin schwächte sich die Konjunktur im Westen stark ab. Dies belastete den Aufbau Ost zusätzlich, da etwa angesichts unausgelasteter Kapazitäten im Westen Investoren schwerer zu finden waren. Überdies wurden damals durch die höheren Zinsen Spannungen im europäischen Währungssystem erzeugt.

Wenn die Chance einer raschen politischen Vereinigung ergriffen werden musste und wenn es darum ging, die Abwanderungswelle aus der DDR zum Abschwellen zu bringen, dann musste wohl die Währungsunion am Beginn des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses stehen. Politisch war die Währungsunion also zwingend notwendig, wirtschaftlich erwies sie sich aber als ein Desaster. Das grundlegende Problem bestand dar-

41 Neumann, M. (1993): Transformationsproblem in der ostdeutschen Wirtschaft: Unvermeidliche Anpassungskrise oder wirtschaftspolitische Fehler? In: Siebert, H. (Hrsg.): Die zweifache Integration: Deutschland und Europa. Workshop zur Strukturberichterstattung, Tübingen, 92.

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

A CRITICAL RETROSPECTIVE: GERMAN MONETARY UNION

Abstract: Twenty-five years ago, East Germany adopted the deutschmark as its currency. In terms of East German economic development, monetary union proved to be a disaster. With virtually no warning, East Germany's few productive factories and businesses were exposed to free market competition; industrial production collapsed in a way unparalleled in history. Nevertheless, for political reasons, introducing monetary union at the start of the process of system transformation was almost unavoidable. Given the insecure foreign policy situation, the aim was to seize the chance of

JEL: E60, E65, F22

Keywords: german-german currency union

in, dass mit der Übernahme einer starken Währung die Erwartung verbunden war, dass sich damit – quasi im Selbstlauf – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und höhere Einkommen einstellen würden. Es wurde ausgeblendet, dass die Einkommen mit einer entsprechenden Produktivität verdient werden müssen. Die Politik hatte indes, dem Zauberlehrling gleich, die Illusion einer raschen Angleichung der Einkommen an das westdeutsche Niveau noch geschürt.

Da die Währungsunion in eine Wirtschafts- und Sozialunion eingebettet war, wurde der wirtschaftliche Neuaufbau im Osten weniger durch eigene Anpassungsprozesse, sondern primär durch enorme Transfers aus dem Westen⁴² vorangetrieben. Es ist dadurch vieles erreicht worden – insbesondere eine Re-Industrialisierung.⁴³ Gleichwohl ist der Osten immer noch von Transfers abhängig, und die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung erreicht gerade einmal etwas mehr als 70 Prozent des westdeutschen Wertes.

42 Nach eigenen Schätzungen belaufen sie sich auf etwa 1,3 bis 1,6 Billionen Euro seit 1990.

43 Brenke, K. (2014), a. a. O.

reunification and push through monetary union to create an irreversible fait accompli. Moreover, this move was intended to put a brake on the massive exodus of people from East Germany. Admittedly, it also buttressed the widespread illusion among the East German population that a strong currency would facilitate fast-track income parity on West German levels. This illusion, however, also encouraged excessive wage hikes which only served to intensify the shock of alignment in summer 1990, complicate economic renewal in eastern Germany, and increase the financial costs.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner
Dr. Philipp König
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Dr. Katharina Pijnenburg

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier